

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Mai 2018

Pakt für den Rechtsstaat

Mehr Personal, bessere Ausstattung,
effizientere Verfahren

Facebook muss mehr Verantwortung zeigen

Datenschutz wird erleichtert



»Fraktion direkt« – Die App
Jetzt downloaden

6

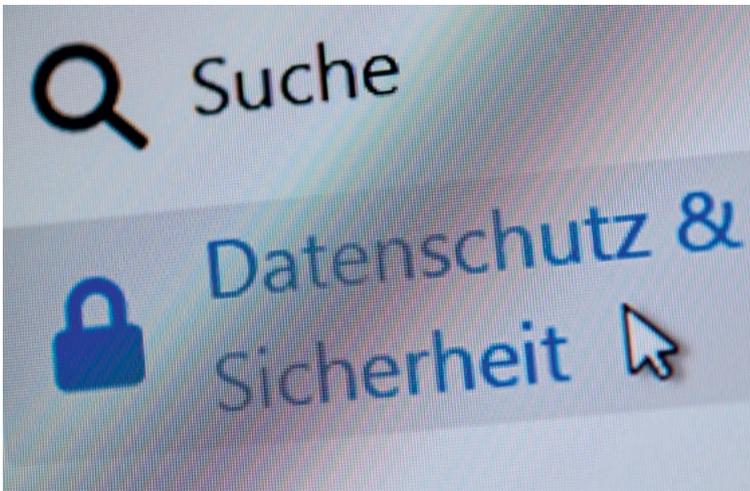
Die Zahl der Straftaten in Deutschland ist auf den niedrigsten Stand seit 1990 gesunken. Kein Grund, sich zurückzulehnen, meint die Unionsfraktion, die im Koalitionsvertrag einen Pakt für den Rechtsstaat durchgesetzt hat.



© Tobias Arheger/Fotolia

12

In Deutschland gilt ab dem 25. Mai die europäische Datenschutzgrundverordnung. Nutzer können dann leichter gegen den Missbrauch ihrer Daten vorgehen. Auch soziale Medien wie Facebook müssen dann mehr Verantwortung zeigen.



© Patrick Pleul/dpa/zentraltbild/Picture Alliance

18

Angesichts der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt sollen Langzeitarbeitslose in die Lage versetzt werden, Jobs zu Tariflöhnen zu finden. Einen staatlich geförderten Niedriglohnsektor lehnt die Unionsfraktion ab.



© Axel Hemken/Picture Alliance

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Michael Grosse-Brömer

5

Die Zahlen

6

Der Brennpunkt
Pakt für den Rechtsstaat

12

Die Themen
Facebook muss mehr
Verantwortung zeigen

14

Die Information
Der Fraktionsvorstand

16

Das Gespräch
Ralph Brinkhaus über die Weiterentwicklung der Euro-Zone und schädlichen Steuerwettbewerb

18

Die Themen
Ziel bleibt der erste Arbeitsmarkt

18

Impressum

19

Die Bilder

20

Das Zitat

Liebe Leserinnen und Leser,

der Schutz vor Kriminalität hat für die Bürger eine zentrale Bedeutung. Zu Recht verlangen sie Sicherheit vor Einbrechern in den eigenen vier Wänden, Sicherheit vor Überfällen auf der Straße, Sicherheit vor Gewalt an den Schulen. Für die Unionsfraktion ist die Innere Sicherheit ein Kernthema. Ganz bewusst haben wir deshalb unseren ersten Kongress in dieser Wahlperiode dem »Pakt für den Rechtsstaat« gewidmet, der auf unser Drängen im Koalitionsvertrag verankert wurde. Auf dem Kongress haben wir mit Experten aus Bund und Ländern diskutiert, wie man die Justiz, die Polizei und die Sicherheitsbehörden am besten stärken kann.

Auch in »Fraktion direkt« machen wir den Pakt für den Rechtsstaat zum Thema. Wir wollen in dieser Wahlperiode die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaats durch mehr Personal, bessere Ausstattung und effizienteres Verfahrensrecht steigern. Denn nur so können leichter Straftaten verhindert, Täter schneller ermittelt und Schuldige konsequent verurteilt werden. Wir wollen den starken Staat.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist uns der Datenschutz, dem wir uns in diesem Heft ebenfalls widmen. Ab dem 25. Mai gilt europaweit die Datenschutzgrundverordnung, die die EU vor zwei Jahren beschlossen hat. Wie nötig dieses Regelwerk ist, zeigte jüngst der Skandal um Facebook, das persönliche Daten seiner Nutzer dem britischen IT-Unternehmen Cambridge Analytica überließ. Vom Datenmissbrauch sind auch rund 310.000 deutsche Nutzer betroffen. Nach der neuen Verordnung drohen sozialen Medien oder anderen Dienstleistern im Netz empfindliche Strafen, wenn sie Daten ihrer User klammheimlich mit Dritten teilen.

Erfreulich ist, dass immer mehr Menschen Arbeit finden. Die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung ist inzwischen unter die 2,5-Millionen-Marke gefallen. Bis 2025 streben wir Vollbeschäftigung an. Umso wichtiger ist es uns, dass auch Langzeitarbeitslose wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Deshalb beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe damit, wie wir diese Menschen wieder in Lohn und Brot bekommen. Die Lösung liegt nicht in einem staatlich geförderten Niedriglohnsektor, sondern in Qualifizierung und begleitenden Hilfsmaßnahmen.

lh
Volker Kauder

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



© Laurence Chaperon

Gegen Antisemitismus und für Religionsfreiheit

Für die Unionsfraktion gehört beides eng zusammen

Unser Standpunkt als Unionsfraktion ist glasklar: In Deutschland gibt es keinen Platz für Antisemitismus und jede andere Form von politisch oder religiös motivierter Gewalt. Es ist unerträglich, dass das Wort »Jude« auf vielen Schulhöfen und Straßen unseres Landes zu einem Schimpfwort geworden ist. Es ist unerträglich, dass es als gefährlich gelten muss, mit einer Kippa als Kopfbedeckung durch deutsche Städte zu laufen. Und es ist ebenso unerträglich, dass auch in Deutschland Demonstrationen immer wieder dazu genutzt werden, Hass gegen Israel zu schüren und öffentlich Symbole dieses Staates zu schänden. Wir als Unionsfraktion wollen und werden uns mit solchen Vorgängen niemals abfinden.

Deshalb haben wir in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD die Einsetzung eines »Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus« durchgesetzt. Auch die CDU/CSU-Fraktion wird weiter ihren Beitrag dazu leisten, dass jede Form von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates entschlossen bekämpft werden

kann. Das gilt für den Antisemitismus von Deutschen ebenso wie für antijüdische Straftaten von Zuwanderern. Wer in unserem Land Gastrecht genießt, muss auch unsere besondere Beziehung zu Israel und dem Judentum respektieren – und zwar ohne jeden Abstrich.

Das gilt umso mehr, als der Staat Israel in diesem Frühjahr sein 70-jähriges Bestehen feiert, wozu auch wir als Unionsfraktion von Herzen gratulieren. Es war richtig und wichtig, dass wir zusammen mit unserem Koalitionspartner SPD und der FDP einen Antrag im Bundestag verabschiedet haben, in dem die außerordentlich engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel gewürdigt werden. Auch für mich ganz persönlich ist es von Bedeutung, dass in dem Antrag bekräftigt wird, was Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 in

»Wir gratulieren Israel von Herzen zum 70-jährigen Bestehen.«

ihrer Rede vor der Knesset gesagt hat: Das Eintreten für die sichere Existenz Israels ist Teil der »deutschen Staatsräson« und für Deutschland »niemals verhandelbar«.

Der Kampf gegen jede Form von Antisemitismus ist für die Unionsfraktion aber auch nicht zu trennen von unserem Einsatz für die Religionsfreiheit weltweit. Leider müssen wir feststellen, dass dieses Menschenrecht in vielen Ländern eingeschränkt oder sogar ganz infrage gestellt wird. Unsere Solidarität gilt allen benachteiligten religiösen Minderheiten, wozu selbstverständlich auch der Einsatz für Millionen verfolgter Christen zählt. Neben einem Beauftragten für den Kampf gegen Antisemitismus gibt es in der neuen Bundesregierung auch einen Beauftragten für Religionsfreiheit, was ebenfalls auf unsere Initiative zurückgeht. Denn das freie und ungehinderte Bekenntnis zu einer Religion ist ein zentrales Menschenrecht – sowohl in Deutschland als auch in jedem anderen Land der Welt.



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind so gut wie lange nicht. Das ist das Ergebnis des aktuellen Berufsbildungsberichts. Auf **100** Bewerber kommen rechnerisch **105** Ausbildungsplätze. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist im vergangenen Jahr leicht um **3.000** auf **523.300** gestiegen. Die Zahl der Betriebe mit Azubis blieb konstant, fast jeder fünfte Betrieb bildet aus. Auf knapp **49.000** stieg die Zahl der unbesetzt gebliebenen betrieblichen Ausbildungsstellen. Dem stehen rund **24.000** unversorgte Bewerber gegenüber. Bis zum Anfang des Berufsschuljahres begannen knapp **10.000** Flüchtlinge eine Lehre. Die Abbrecherquote bei den Azubis liegt bei **12** bis **13** Prozent und damit unter der Quote im Hochschulbereich.

Pakt für den Rechtsstaat

Mehr Personal, bessere Ausstattung, effizientere Verfahren – Der Staat muss handlungsfähig sein

Tatsächliche und gefühlte Sicherheit klaffen oft auseinander. Während die Kriminalität in Deutschland laut Polizeistatistik auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken ist, geben zwei Drittel aller Befragten in einer INSA-Umfrage an, dass sie fürchten, Opfer einer Straftat zu werden. Einer Emnid-Umfrage zufolge fühlen sich 41 Prozent der Befragten weniger sicher als noch vor fünf Jahren. Die Unionsfraktion nimmt die Sorgen der Menschen ernst. Bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD drang sie daher auf einen »Pakt für den Rechtsstaat«, an dem sich Bund und Länder gleichermaßen beteiligen.

Im Vergleich zum Vorjahr ging die Zahl der in Deutschland registrierten Straftaten um 9,6 Prozent zurück. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Harbarth, kommentierte den Trend so: »Dass wir die Innere Sicherheit zu einem Investitionsschwerpunkt im Bundeshaushalt gemacht haben, zahlt sich aus.« Die Zahlen seien jedoch »kein Ruhekitzchen, sondern Ansporn«. Dieser Ansporn findet seinen Ausdruck im Pakt für den Rechtsstaat.

»Der Rückgang der Straftaten ist kein Ruhekitzchen, sondern Ansporn.«

Der Gedanke, der dem Pakt zugrunde liegt, lautet: Ein handlungsfähiger Rechtsstaat stärkt das Vertrauen in die Demokratie. Kern ist gemäß Koalitionsvertrag ein Dreiklang aus mehr Personal, besserer Ausstattung und effizienteren Verfahren auf allen Ebenen der Sicherheitsbehörden: von der Polizei über die Nachrichtendienste bis hin zur Justiz.

So sollen laut Koalitionsvertrag 2.000 neue Richterstellen bei den Gerichten der Länder und des Bundes geschaffen werden. Auch der Generalbundesanwalt erhält mehr Mitarbeiter. In Teilen der Justiz ist die Situation gekennzeichnet von Überlastung, Personalengpässen, Nachwuchsproblemen und stockender Digitalisierung, worauf Harbarth hinweist. »Wenn die Staatsanwaltschaften nicht gut ausgestattet sind, dann werden sie zum Nadelöhr im Kampf gegen die Verbrechen.«

Bei den Sicherheitsbehörden sollen nochmals weitere 15.000 Stellen entstehen, davon 7.500 beim Bund. Das Bundeskriminalamt soll das »zentrale Datenhaus« im polizeilichen Informationsverbund werden. Um die Effizienz zu steigern, soll zudem die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern verbessert werden. Hierzu muss insbesondere eine zeitgemäße Informationstechnik zur Verfügung stehen.



Der Pakt für den Rechtsstaat sieht unter anderem vor, dass bei den Sicherheitsbehörden weitere 15.000 Stellen entstehen sollen, davon 7.500 beim Bund.



Sicherheit geht vor

Zahlreiche Maßnahmen in der vergangenen Wahlperiode bereits auf den Weg gebracht

Auch wenn die neue Koalition aus CDU, CSU und SPD sich im Pakt für den Rechtsstaat zahlreiche neue Aufgaben zur Verbesserung der Sicherheitsarchitektur gestellt hat, darf nicht vergessen werden, dass bereits in der vergangenen Wahlperiode einiges auf den Weg gebracht wurde. Neben den Maßnahmen zum Schutz des Eigentums sind vor allem solche gegen Terrorismus, organisierte Kriminalität und Cyberkriminalität zu nennen.

So wurde bereits in der vergangenen Legislatur beschlossen, bis 2020 bei den Sicherheitsbehörden des Bundes rund 10.000 neue Stellen zu schaffen – allein 7.500 bei der Bundespolizei und 1.300 beim Bundeskriminalamt. Die Bundespolizei erhielt eine neue Anti-Terroreinheit, die vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen soll. Zur besseren Strafverfolgung werden die Bundespolizisten mit mobilen Kameras – sogenannten Bodycams – ausgestattet. Sicherheitskräfte sind jetzt auch strafrechtlich besser geschützt: Tötliche Angriffe auf Polizisten, ermittelnde Staatsanwälte oder Feldjäger können mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden.

Auch die finanzielle Seite des Verbrechens nimmt der Staat genauer unter die Lupe. So wird Terrorismusfinanzierung härter bestraft, Vermögen aus kriminellen Taten kann leichter eingezogen werden. Der Tatbestand der Geldwäsche wurde ebenfalls verschärft. Somit kann die kriminelle Herkunft von Vermögen nicht mehr so leicht verschleiert werden.

Was den islamistischen Terror angeht, so kann gewaltbereiten Islamisten Reisepass und Personalausweis entzogen werden. Nachrichtendienste dürfen weiterhin Auskünfte über Verdächtige bei Fluggesellschaften, Kreditinstituten und Telekom-Diensten einholen. Gefährder können intensiver über-



Nach neuem Recht können Gefährder intensiver überwacht, ihre Bewegungsfreiheit kann eingeschränkt werden – unter anderem durch elektronische Fußfesseln.

wacht, ihre Bewegungsfreiheit kann eingeschränkt werden – unter anderem durch elektronische Fußfesseln. Für den Bereich besonders schwerer Straftaten wie Terrorismus, organisierte Kriminalität und Kinderpornografie haben die Ermittler weitergehende Ermittlungsmöglichkeiten erhalten.

Auch die Sicherheitsarchitektur zur Bekämpfung der Kriminalität im Netz wurde verbessert. Kritische Infrastrukturen – z.B. die Energie- und Wasserversorgung, Transport und Verkehr, Telekommunikationseinrichtungen und Krankenhäuser – werden künftig besser geschützt, wie in einem IT-Sicherheitsgesetz festgelegt wurde. Außerdem sollen mobile Einsatzteams Institutionen, die von schweren Cyber-Attacks betroffen sind, vor Ort unterstützen können. Die neu geschaffene Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITis) erweitert die Ermittlungsmöglichkeiten der Behörden.

Terrorgefahr weiterhin hoch

Die Gefahr terroristischer Anschläge ist in der Tat weiterhin hoch – allein deshalb, weil das in Syrien in die Defensive geratene Terrornetzwerk »Islamischer Staat« versuchen könnte, seine Handlungsfähigkeit mittels spektakulärer Anschläge in Europa unter Beweis zu stellen.

Ein drängendes Problem sind auch kriminelle Banden, die sich vor allem in einigen Großstädten ausbreiten. Die Antwort lautet auch hier: Wir dürfen unseren handlungsfähigen Rechtsstaat nicht aufs Spiel setzen.

»Zonen unterschiedlicher Sicherheit darf es nicht geben.«

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Mathias Middelberg, warnte vor sogenannten No-go-Areas in einigen Großstädten. »Zonen unterschiedlicher Sicherheit darf es in unserem Land nicht geben«, betonte der CDU-Politiker mit Blick auf die Länder. Deshalb werde unter anderem ein gemeinsames Musterpolizeigesetz erarbeitet, das möglichst einheitliche und vor allem hohe Standards in allen Ländern setzen solle. Verbessert werden müsse darüber hinaus die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Terrorismusbekämpfung. Sinnvoll sei zudem die Videoüberwachung an öffentlichen Brennpunkten, auch unter Einsatz sogenannter intelligenter Videotechnik zur Gesichtserkennung. Ein entsprechender Modellversuch läuft erfolgreich am Berliner Bahnhof Südkreuz.

Äußere Merkmale per DNA-Analyse ermitteln

Die rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker, stellt den Opferschutz in den Vordergrund. »Opfer erwarten vor allem, dass die Täter gestellt und verurteilt werden«, sagte sie. Deshalb sollten über die DNA-Analyse künftig bestimmte äußerliche Merkmale eines Verdächtigen wie Augen-, Haar- oder Hautfarbe ermittelt werden. Bislang dürfen am Tatort gefundene DNA-Spuren lediglich mit dem genetischen Fingerabdruck bereits bekannter Tatverdächtiger abgeglichen werden. Im Netz liegt der Schwerpunkt der CDU-

»Die Bedrohungen sind immens«

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, über Sicherheitsdefizite und Gegenmaßnahmen

Herr Wendt, Sie haben in Ihrem Buch »Deutschland in Gefahr« Sicherheitslücken aufgezeigt. Wo ist der Staat Ihrer Meinung nach nicht handlungs- oder durchsetzungsfähig?

Wendt: Es geht nicht nur um Sicherheitslücken, sondern um staatliche Strukturen insgesamt. Der öffentliche Dienst in Deutschland ist jahrzehntelang vernachlässigt worden. Ob Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Finanzämter, Feuerwehr, Sozial- oder Ordnungsbehörden: Personalmangel überall und zwar dramatisch. Wer einen starken Staat will, muss das ändern. Vor allem die Personalnot bei Polizei und Justiz lässt das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat schwinden. Wenn Straftäter wegen Zeitüberschreitung aus der Untersuchungshaft entlassen werden müssen, Strafverfahren zigtausendfach unbearbeitet bleiben, Polizeikräfte für zwei simple Festnahmen mit Hundert-

schaften antreten müssen, gleichzeitig aber die Polizei in unseren Städten, Gemeinden oder auf Bahnhöfen schmerzlich vermisst wird, zweifeln die Menschen an der Fähigkeit des Staates, seiner Schutzpflicht ausreichend nachzukommen.

Ist der Pakt für den Rechtsstaat der neuen Koalition die richtige Antwort?

Wendt: Sicher ist er ein wichtiger Teil der Antwort. Wenn sich alle daran halten, können wir einen guten Schritt vorankommen. Richtig ist auch, den Nachrichtendienst zu stärken, der liefert wichtige Informationen zur Terrorbekämpfung. Vor allem die Länder müssen noch erheblich mehr tun, etwa bei der Präsenz im öffentlichen Raum, in der Bereitschaftspolizei, der Kripo, beim Justizvollzug und den kommunalen Aufsichtsbehörden. Und in unserer dezentralen Organisationsstruktur

Rechtsexpertin zufolge auf der Bekämpfung von Waffen- und Drogenhandel und der Eindämmung der Kinderpornografie. Beim Cyber-Grooming – der Kontaktaufnahme mit Minderjährigen in Chat-Rooms und Foren zum Zwecke sexuellen Missbrauchs – soll schon der Versuch unter Strafe gestellt werden können.

Wichtig ist für Winkelmeier-Becker daher, dass die Sicherheitsbehörden im Internet über die gleichen Ermittlungsbefugnisse verfügen wie außerhalb des Netzes. Dies betont auch der Innen- und Rechtsexperte der CSU im Bundestag, Volker Ullrich. Er verlangt: »Unsere Strafverfolgungsbehörden müssen technisch auf Augenhöhe mit den Straftätern agieren können.«

Strafprozessordnung modernisieren

Schließlich hat sich die Koalition auf Drängen der Unionsfraktion darauf verständigt, die Strafprozessordnung zu modernisieren, Strafverfahren zu entschlacken und zu beschleunigen. Damit reagiert sie nicht zuletzt auf den Deutschen Richterbund, der verschiedene Missstände beklagt. Seinen Befunden zufolge dauerten Strafprozesse im Durchschnitt immer länger. Wegen der langen Verfahrensdauer müssten immer wieder Tatverdächtige auf freien Fuß gesetzt werden. Und immer mehr Verfahren würden mit oder ohne Auflagen eingestellt. Hinzu kommt, dass die Gerichte eine Welle von Asylverfahren abarbeiten müssen.

»Die Behörden müssen auf Augenhöhe mit den Tätern agieren können.«



© Tomas Moll

Rainer Wendt
Vorsitzender der Deutschen
Polizeigewerkschaft

bildungskapazitäten zu schaffen, aber es dauert noch, bis die ersten Verstärkungskräfte in der Praxis ankommen. Viele Länder haben in der Vergangenheit nicht nur die Einstellungszahlen, sondern auch die Ausbildungskapazitäten heruntergefahren, das muss jetzt wieder aufgebaut werden. Zur kurzfristigen Entlastung hat u.a. die NRW-Regierung 2.000 Stellen für Tarifbeschäftigte als Einsatzassistenten geschaffen, das begrüßen wir sehr.

Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Polizei vorrangig? Was kommt zu kurz?

Wendt: Wenn der Gesetzgeber seinerseits die Rahmenbedingungen verbessert wie in der vergangenen Legislaturperiode, können Erfolge erzielt werden, Beispiel: Einbruchskriminalität. Aber es gibt kein Ausruhen, die Bedrohungen sind immens. Der Kontrollverlust bei der illegalen Zuwanderung und seine Folgen im Landesinnern sind schwerwiegend, das zu beseitigen hat Priorität. Die Bekämpfung von Gewaltkriminalität und Terrorismus darf aber nicht dazu führen, die täglichen Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung aus dem Blick zu verlieren.

müssen wir deutlich größere Schritte zur zentralen Informationssteuerung machen. Derzeit werkeln die Länder munter weiter vor sich hin.

Können die neuen Stellen für die Polizei überhaupt kurzfristig besetzt werden?

Wendt: Kurzfristig sicher nicht, denn wir müssen unsere Nachwuchskräfte sorgfältig auswählen und ausbilden. Die Bundespolizei hat große Anstrengungen unternommen, um neue Aus-

Facebook muss mehr Verantwortung zeigen

Der Datenskandal zeigt die Bedeutung der Datenschutzgrundverordnung

Die Diskussion rund um den Missbrauch persönlicher Daten von Facebook-Nutzern durch das britische Datenanalyse-Unternehmen Cambridge Analytica hält an. Nach Facebook-Angaben wurden die Daten von rund 310.000 deutschen Nutzern abgegriffen – weltweit könnten bis zu 87 Millionen User betroffen sein. Obwohl der Vorfall schon 2015 aufgedeckt wurde, gab sich das soziale Medium mit der Zusage der Analysefirma zufrieden, dass sie die Daten gelöscht habe.

Gegenüber dem US-Kongress zeigte sich Facebook-Chef Mark Zuckerberg nun erstmals offen für strengere Datenschutzvorgaben. Solche gelten ab dem 25. Mai mit der vor zwei Jahren beschlossenen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) europaweit.

»Die Datenschutzgrundverordnung normiert Vorgaben für die Speicherung und den Schutz von Daten und erleichtert es Nutzern, gegen Missbrauch vorzugehen«, erklärt Stephan Harbarth (CDU), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nach der Neuregelung stelle es einen Rechtsverstoß dar, wenn Daten von Nutzern ohne deren ausdrückliche Zustimmung mit Dritten geteilt würden, wie es bei Cambridge Analytica der Fall war. »Außerdem«, ergänzt der bisherige digitalpolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Jarzombek (CDU), »ermöglicht die DSGVO der EU, bei gravierenden Verstößen bis zu vier Prozent des Jahresumsatzes eines Unternehmens als Bußgeld zu verhängen.« Bei einem Unternehmen wie Facebook mit geschätztem

Jahresumsatz von 40 Milliarden Euro wäre das ein massiver Betrag.

Da mit der Datenschutzgrundverordnung künftig nicht mehr das Herkunftsland-, sondern das Marktortprinzip gilt, müssen auch Unternehmen aus Nicht-EU-Ländern, die auf dem europäischen Markt tätig werden und die Daten von EU-Bürgern nutzen, die Vorgaben der DSGVO einhalten. Jarzombek vermutet daher, dass Facebook sich wahrscheinlich anders verhalten hätte, wenn die neue EU-Verordnung bereits gegolten hätte. Umso wichtiger sei es nun für einen funktionierenden digitalen Binnenmarkt, den Datenschutzstandard in allen EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen durchzusetzen.

Der Innen- und Rechtspolitiker Harbarth bekräftigt: »Der Datenskandal zeigt, dass es notwendig war und ist, soziale Netzwerke stärker in die Pflicht zu nehmen.« Damit spielt er auf das sogenannte Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) an, das seit Januar vollständig gilt. Es verpflichtet die Betreiber, auf ihren Portalen für die Einhaltung der bestehenden Gesetze zu sorgen, also strafbare Inhalte zu löschen. Außerdem müssen die großen

sozialen Netzwerke den Nutzern leicht erreichbare Anlaufstellen für Beschwerden einrichten.

Bislang stand Facebook staatlichen Regulierungen immer sehr kritisch gegenüber. Nadine Schön (CDU), stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion, begrüßt die

»Nutzer können leichter gegen Missbrauch vorgehen.«





Facebook-Chef Mark Zuckerberg zeigte sich bei seinen Auftritten vor dem US-Kongress erstmals offen für strengere Datenschutzvorgaben.

neue Offenheit des Unternehmens, das sichtlich um Schadensbegrenzung bemüht ist, deshalb ausdrücklich: »Es ist gut, dass Zuckerberg angekündigt hat, den Missbrauch der Plattform für Hass- und Terrorbotschaften und für Wahlmanipulation zukünftig konsequent zu unterbinden.« Hierfür will Facebook unter anderem mit Mitteln der künstlichen Intelligenz arbeiten. Dabei gelte es allerdings darauf zu achten, dass es nicht zu einer Überreaktion komme, dass also keine Inhalte geblockt werden, die von der Meinungsfreiheit gedeckt sind, sagt Schön. Und natürlich müsse man beobachten, wie nachhaltig dieser Bewusstseinswandel bei Facebook sei.

Mittlerweile wisse man sicher, dass auch die Bundestagswahl im vergangenen Herbst mit Angriffen über das Internet manipuliert werden sollte, erklärt Hansjörg Durz, stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Digitalausschusses. In dieser Frage hätten das Bundesamt für Sicher-

heit in der Informationstechnik und Facebook eng und gut zusammengearbeitet. Der CSU-Politiker Durz betont: »Die sozialen Netzwerke dürfen nicht zu einer Gefahr für die Demokratie werden. Facebook muss seine Anstrengungen zum Schutz der persönlichen Daten seiner Nutzer deutlich verbessern.«

Auch für die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker, ist klar: »Datenzugriffe durch Dritt-Apps sind vom Unternehmen offenbar jahrelang geduldet worden. Besonders skandalös ist dabei, dass auch der Zugriff auf Daten von Facebook-Freunden ermöglicht wurde.« Vieles spreche dafür, dass Facebook hier gegen geltendes AGB-Recht verstoßen habe. »Daher braucht es – wie bei den Banken – letztlich auch eine Aufsicht, die die Einhaltung von Recht und Gesetz bei den großen Plattformen effektiv kontrolliert«, meint die CDU-Politikerin.

Der Fraktionsvorstand

Nachdem einige Mitglieder des Vorstands der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Funktionen in der Regierung übernommen haben,

Geschäftsführender Vorstand

Vorsitzender
Volker Kauder

Erster Stellvertretender Vorsitzender
Alexander Dobrindt

Stellvertretende Vorsitzende mit Arbeitsbereichen

Recht und Verbraucherschutz, Innen, Sport und Ehrenamt, Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

Stephan Harbarth

Wirtschaft und Energie, Mittelstand, Tourismus
Carsten Linnemann

Haushalt, Finanzen, Kommunalpolitik
Ralph Brinkhaus

Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Digitale Agenda
Nadine Schön

Arbeit und Soziales, Arbeitnehmer, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Hermann Gröhe

Auswärtiges, Verteidigung, Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), Europarat

Johann David Wadephul

Gesundheit, Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Georg Nüßlein

Bildung und Forschung, Aufbau Ost, Petitionen
Arnold Vaatz

Verkehr und digitale Infrastruktur, Bau
Ulrich Lange

Europapolitik, Europa-Koordination, Parlamentarische Zusammenarbeit in Europa, Verbindungsbüro Brüssel, EVP-Fraktion, Menschenrechte

Katja Leikert

Ernährung und Landwirtschaft, Kirchen, Kunst, Kultur und Medien

Gitta Connemann

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
Michael Grosse-Brömer

Stellvertreter des
Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers
Stefan Müller

Parlamentarischer Geschäftsführer
Manfred Grund

Parlamentarische Geschäftsführerin
Heike Brehmer

Parlamentarischer Geschäftsführer
Patrick Schnieder

Justiziar
Ansgar Heveling

Justiziar
Michael Frieser

Sprecher der CDU-Landesgruppen
Eckhardt Rehberg



fanden im April Nachwahlen statt. Komplette neu gewählt wurde die Riege der Beisitzer. Hier das vollständige Tableau.

Vorsitzende der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Recht und Verbraucherschutz

Elisabeth Winkelmeier-Becker

Arbeitsgruppe Innen und Heimat

Mathias Middelberg

Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie

Joachim Pfeiffer

Arbeitsgruppe Finanzen

Antje Tillmann

Arbeitsgruppe Haushalt

Eckhardt Rehberg

Arbeitsgruppe Gesundheit

Karin Maag

Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft

Albert Stegemann

Arbeitsgruppe Familie,

Senioren, Frauen und Jugend

Marcus Weinberg

Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Peter Weiß

Arbeitsgruppe Auswärtiges

Jürgen Hardt

Arbeitsgruppe Verteidigung

Henning Otte

Arbeitsgruppe Angelegenheiten der Europäischen Union

Florian Hahn

Arbeitsgruppe Verkehr und digitale Infrastruktur

Daniela Ludwig

Arbeitsgruppe Bildung und Forschung

Albert Rupprecht

Arbeitsgruppe Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Marie-Luise Dött

Arbeitsgruppe Wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung

Volkmar Klein

Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Michael Brand

Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt

Eberhard Gienger

Arbeitsgruppe Kultur und Medien

Elisabeth Motschmann

Arbeitsgruppe Tourismus

Paul Lehrieder

Arbeitsgruppe Petitionen

Gero Storjohann

Arbeitsgruppe Digitale Agenda

Tankred Schipanski

Arbeitsgruppe Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Kai Wegner

Vorsitzende der soziologischen Gruppen

Arbeitnehmergruppe

Uwe Schummer

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik

Christian Haase

Gruppe der Frauen

Yvonne Magwas

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Eckhard Pols

Junge Gruppe

Mark Hauptmann

Parlamentskreis Mittelstand

Christian Freiherr von Stetten

Beisitzer

Axel E. Fischer

Fritz Güntzler

Olav Gutting

Matthias Heider

Mark Helfrich

Rudolf Henke

Karl Holmeier

Roderich Kieseewetter

Thomas Heilmann

Jan Metzler

Hans Michelbach

Carsten Müller

Michaela Noll

Johannes Röring

Jana Schimke

Tino Sorge

Stephan Stracke

Matthias Zimmer

»Wir wollen einen echten Mehrwert«

Ralph Brinkhaus über die Weiterentwicklung der Euro-Zone und schädlichen Steuerwettbewerb

In Brüssel stehen einige einschneidende Reformen an – mit dem Ziel, die Euro-Zone besser vor Krisen zu schützen. »Fraktion direkt« sprach mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, über die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds und die Vollendung der Bankenunion, aber auch über schädlichen Steuerwettbewerb.

Ralph Brinkhaus
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Herr Brinkhaus, es war die Idee des ehemaligen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble, den Euro-Rettungsschirm ESM zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) auszubauen. Wie sollte der Fonds konstruiert sein? Was ist der Mehrwert?

Brinkhaus: Wir wollen einen unabhängigen Europäischen Währungsfonds mit Zusatznutzen. Dies ist bei den vorliegenden Kommissionsvorschlägen nicht gesichert. Vielmehr scheint es darum zu ge-



hen, die Stellung der Kommission zu stärken. Konkret würde sie zur Hüterin des Fonds, während dies heute die Euro-Staaten sind. Daneben wollen wir an bewährten ESM-Prinzipien wie »Hilfen gegen Reformen« und breiten parlamentarischen Mitspracherechten festhalten. Letztlich muss ein echter Mehrwert gegenüber dem Status quo erzielt werden. Hierzu gehören Kompetenzen bei der Krisenprävention, das Begleiten sowie Überwachen von Anpassungsprogrammen und eine Beteiligung von privaten Gläubigern über die Möglichkeit von staatlichen Schuldenrestrukturierungen.

Reicht es nicht, dass es den Internationalen Währungsfonds (IWF) gibt, der bislang schon bei der Rettung verschuldeter Euro-Länder mit im Boot war?

Brinkhaus: Der IWF ist und bleibt für uns ein wichtiger Partner. Aber der IWF ist nicht nur in Europa, sondern weltweit engagiert. Dabei reicht sein geldpolitisches Aufgabenspektrum von der Überwachung der Währungspolitik und Wechselkurse bis hin zur Vergabe von Krediten unter wirtschaftspolitischen Auflagen an notleidende Mitgliedstaaten. Und da gibt es einige Staaten, denen es schlechter geht als finanziell klammen Ländern der Europäischen Union. Daher ist es ein Gebot der Fairness, dass wir in Europa auch allein handlungsfähig sind und parallel zum IWF eigene Expertise aufbauen.

Nach der internationalen Finanzkrise 2009 wurde auch die europäische Bankenunion ins Leben gerufen. Was fehlt zu ihrer Vollendung?

Brinkhaus: Die Bankenunion besteht aus drei Säulen. Zwei sind bereits weitgehend umgesetzt. Dabei geht es um eine einheitliche Aufsicht über alle bedeutenden Banken in Europa. Diese Aufgabe hat die EZB übernommen. Und es geht darum, ein Verfahren zu haben, wenn eine Bank in Schieflage gerät und abgewickelt werden muss. Dafür haben wir jetzt einheitliche Regeln und eine gemeinsame Abwicklungsbehörde.

Die dritte Säule ist die Einlagensicherung. In jedem Mitgliedstaat wird ein eigenes Einlagensicherungssystem eingeführt und mit Mitteln befüllt. Bis 2024 ist ein bestimmtes Mindestvolumen zu erreichen. Die Kommission will aber darüber hinausgehen und alles zu einem einheitlichen europäischen Sicherungsfonds zusammenlegen.

»Wir brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen.«

Worin besteht die Gefahr eines gemeinsamen Einlagensicherungsfonds?

Brinkhaus: Mit dem Geld, was in den deutschen Einlagensicherungssystemen erwirtschaftet würde, müssten wir künftig auch geradestehen, wenn zum Beispiel in Griechenland eine Bank in Schieflage gerät. Letztlich werden sehr solide arbeitende Banken in Mithaftung genommen für vielleicht sehr risikoreiche Geschäftsmodelle anderswo in Europa.

Bevor wir weiter über die Vergemeinschaftung sprechen, müssen daher erst die bisherigen Schritte zur Bankenunion gefestigt werden. So war verabredet worden, dafür zu sorgen, dass die Banken in ganz Europa ausreichende Verlustpuffer aufbauen. Und die Risiken, die in den Bankenbilanzen schlummern, gehören deutlich reduziert. Meines Erachtens sind wir von einer Vergemeinschaftung noch weit, weit weg.

Innerhalb der EU locken Staaten wie Irland, Luxemburg oder Malta mit niedrigen Unternehmenssteuern. Brauchen wir eine Steuerharmonisierung?

Brinkhaus: Wir brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen. Das heißt konkret, die Berechnungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer zu vereinheitlichen.

Investoren haben dann die bestmögliche Transparenz, was überhaupt zur Besteuerung herangezogen wird. Wir arbeiten hier zusammen mit Frankreich an einem entsprechenden Projekt, das Vorbild sein soll.

In einem weiteren Schritt kann man über Mindeststeuersätze nachdenken. Im Übrigen sollten die Sätze aber jedem Land selbst überlassen bleiben. In die Entscheidungen von Investoren fließen auch ganz andere Faktoren ein wie etwa Infrastruktur und Qualifikation der Mitarbeiter. Und hier haben wir in Deutschland einiges zu bieten.

Wie sollte Europa auf die Senkung der US-Steuern auf Unternehmensgewinne reagieren?

Brinkhaus: Wenn die USA und andere Länder die Unternehmenssteuern senken, dann geraten auch wir in Deutschland unter Druck. Dabei geht es nicht um ein Steuerdumping – das machen wir nicht mit. Aber wir müssen für attraktive Angebote sorgen, um Unternehmen anzuziehen. Das kann etwa eine Initiative zu mehr Vereinfachung bei den Unternehmenssteuern sein.

Wegen des Widerstands der Sozialdemokraten ist es nicht gelungen, das Thema prominenter im Koalitionsvertrag zu verankern. Dennoch bleiben wir dran.



© Michael Wittig



Ziel bleibt der erste Arbeitsmarkt

Keinen staatlich geförderten Niedriglohnsektor für Langzeitarbeitslose schaffen – Vollbeschäftigung erreichbar

Hartz IV ist wieder in der Diskussion. Politiker der SPD, aber auch anderer Parteien, schlagen vor, das Arbeitslosengeld II abzuschaffen und durch ein solidarisches Grundeinkommen zu ersetzen. Langzeitarbeitslose sollen dabei einen steuerfinanzierten Vollzeit-Job auf Mindestlohniveau angeboten bekommen. »Nach meiner festen Überzeugung sind solche Vorschläge nicht geeignet, die wirklichen Probleme im Hartz-IV-System zu lösen«, sagt dazu der arbeits- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Peter Weiß. Denn es bleibe das Ziel der Unionsfraktion, möglichst viele Langzeitarbeitslose in die Lage zu versetzen, auf dem weiterhin gut laufenden ersten Arbeitsmarkt zu tariflichen Löhnen einen Job zu finden. Vollbeschäftigung in Deutschland ist erreichbar.

Damit das gelingen kann, müssen aber die unterschiedlichen Gruppen von Menschen, die schon lange arbeitslos sind, genau in den Blick genommen werden. »Mit einem ganzheitlichen Ansatz«, so heißt es auch im Koalitionsvertrag, »wollen wir die Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben.« Bei Langzeitarbeitslosen müssen alle gesetzlichen Möglichkeiten zur Aktivierung, Qualifizierung und Begleitung klug eingesetzt werden, wobei oft auch das familiäre Umfeld zu berücksichtigen ist. »Auch die Vermittlungstätigkeit der Bundesagentur für Arbeit muss sich weiter verbessern«, sagt Weiß (CDU).

Der für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hermann Gröhe betont ebenfalls, dass die Union an der Grundsicherung für Arbeitssuchende festhält, aber die Vermittlung in Arbeit weiter verbessern will. »Wir wollen keinen staatlich geförderten Niedriglohnsektor schaffen, wie wir dies schon einmal bei vielen ABM-Maßnahmen hatten«, sagt der



Langzeitarbeitslose sollen in die Lage versetzt werden, reguläre Jobs zu tariflichen Löhnen zu finden.

CDU-Politiker Gröhe. »Unser Ziel ist es, die Menschen aus dem Leistungsbezug herauszuführen und sie nicht mit sinnlosen Tätigkeiten dauerhaft in der Grundsicherung zu halten.« Angesichts der guten Wirtschaftslage müssten alle Chancen genutzt werden, um die Durchlässigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen. »Abstrakte Systemdebatten helfen den arbeitslosen Menschen nicht weiter.«

Keine Gießkannenpolitik

Die Unionsfraktion setzt sich für eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein, die das Gegenteil einer »Gießkannenpolitik« darstellt. »Die entscheidende Frage ist, wie wir die besonderen Problemgruppen aus dem Hartz-IV-System bekommen«, sagt Peter Weiß. Dazu gehörten ältere Arbeitslose ohne Berufsabschluss ebenso wie junge Menschen, die weder eine Schul- und Berufsausbildung haben und bei denen oftmals auch weitere Probleme im familiären und sozialen Umfeld hinzukommen. »Für diese Menschen wollen wir keinen Scheinarbeitsmarkt schaffen, sondern sie mit allen verfügbaren Hilfsmitteln so lange begleiten, bis sie im Leben wieder Fuß gefasst haben.« Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag wie etwa zu neuen Lohnkostenzuschüssen böten dafür eine gute Grundlage. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitgeber der freien Wirtschaft wie auch an gemeinnützige Einrichtungen und Kommunen. Die Summe orientiert sich an der Höhe des Mindestlohns.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Beziehungen zu Japan weiter intensivieren

Unionsfraktionschef Volker Kauder (2.v.l.) hat im April zum achten Mal in seiner Amtszeit Japan besucht. Kauder betonte, dass Japan gerade in außenpolitisch unsicheren Zeiten für die Europäer ein Partner sei, auf den Verlass ist. Themen des Gesprächs mit Premierminister Shinzo Abe (Mitte) waren Freihandel, Digitalisierung und künstliche Intelligenz. Kauder wurde vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johann David Wadephul (ganz links) begleitet.



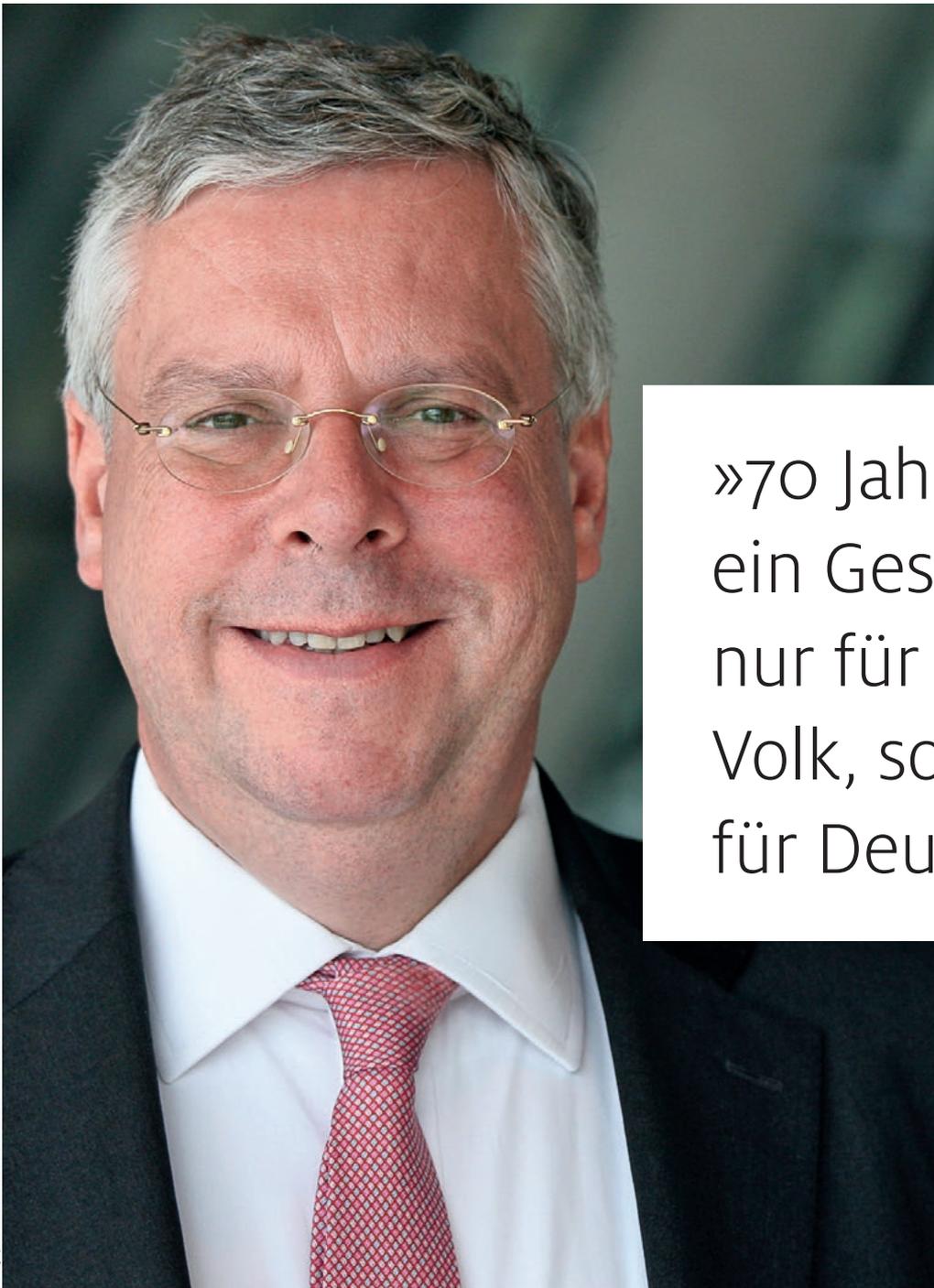
© Ulrich Scharfack

Akzeptanz der heimischen Landwirtschaft erhöhen

Die Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist auf ihrer Klausurtagung im April mit Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und dem EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger zusammengekommen (beide Bildmitte). Die Fraktion unterstützt Klöckner dabei, die Akzeptanz der heimischen Landwirtschaft in der Gesellschaft zu stärken. Für Innovationen in der Tierhaltung oder für ressourcenschonenden Ackerbau stehen zusätzliche 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Oettinger sprach sich für größtmögliche Kontinuität im EU-Agrarhaushalt aus. Nur so könnten bäuerliche Familienbetriebe erhalten werden, meint er.



© Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft



© Katja Julia Fischer

»70 Jahre Israel ist ein Geschenk nicht nur für das jüdische Volk, sondern auch für Deutschland.«

Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum 70. Jahrestag der Gründung Israels

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducsu.de



[www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de



www.youtube.com/cducsu

Fraktion direkt:
www.cducsu.de/fraktiondirekt



twitter.com/cducsu

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de



[www.instagram.com/
cducsu](https://www.instagram.com/cducsu)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter fraktiondirekt.abo@cducsu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducsu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

Termine

16. Mai 2018

Kongress
»Einsatz für die Religionsfreiheit – Eine Zukunft für Christen und Jesiden im Nordirak«